Beschlussvorlage

nichtöffentlich öffentlich

Fachbereich/Sg.: 2.1	Az.:	Datum: 16.08.2018	Vorlage Nr. 20180158/2.1
-------------------------	------	----------------------	-----------------------------

Beratungsfolgen	TOP	Termin	Zuständigkeit	Abstimmung
Ausschuss für Weinbau, Landwirtschaft, Forsten und Umwelt	Ö 1	23.08.2018	Vorberatung	
Bau- und Entwicklungsausschuss	Ö 7	23.08.2018	Vorberatung	
Stadtrat	Ö	28.08.2018	Entscheidung	

BETREFF

Biosphärenreservat Pfälzerwald

hier: Anhörverfahren zum Entwurf einer Landesverordnung gemäß § 12 Abs. 2 LNatSchG

Beschlussvorschlag:

Zum Entwurf einer Landesverordnung über das Biosphärenreservat Pfälzerwald als deutscher Teil des UNSECO-Biosphärenreservates Pfälzerwald-Nordvogesen wird keine Stellungnahme abgegeben, da die Belange der Stadt Bad Dürkheim nicht berührt werden. Dies gilt auch für den Entwurf einer Rechtsverordnung über die Wahrnehmung des Jagdrechts zur Wildtierregulierung in den Kernzonen des Biosphärenreservates.

Bürgermeister/Dezernent:

Begründung:

Das Gebiet des Pfälzerwaldes, des Haardtrandes sowie weitere kleinere, dem Pfälzerwald vorgelagerte Landschaftsteile wurden 1958 als Naturpark Pfälzerwald ausgewiesen. Der Naturpark umfasst eine Fläche von knapp 180.000 ha und ist insbesondere durch ausgedehnte Wälder, Wiesen- und Bachtäler sowie Felsregionen geprägt.

Das Gebiet des Pfälzerwaldes wurde 1992 von der UNESCO als Biosphärenreservat im Rahmen des Programms „Der Mensch und die Biosphäre“ (MAB) anerkannt. 1998 wurde mit dem benachbarten Biosphärenreservat Nordvogesen in Frankreich ein gemeinsames, grenzüberschreitendes Biosphärenreservat gebildet und von der UNESCO anerkannt.

Mit dieser Anerkennung hat sich auch die Zielsetzung und das Aufgabenfeld des Naturparks Pfälzerwald weiterentwickelt. Neben der nachhaltigen regionalen Entwicklung des Gebietes stehen die Erhaltung und Wiederherstellung der biologischen Vielfalt sowie ökologische Forschung und Bildung für nachhaltige Entwicklung im Vordergrund der Arbeit.

§ 19 Abs. 2 Satz 1 Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG) 2005 hatte bestimmt, dass ein von der UNESCO als Biosphärenreservat anerkanntes Gebiet durch Rechtsverordnung als Naturpark festgesetzt wird. Diese Vorschrift hat das neue Landesnaturschutzgesetz vom 6. Oktober 2015 nicht übernommen. Aus §§ 12, 13 Abs. 2 LNatSchG ergibt sich vielmehr, dass Biosphärenreservate als eigenständige Schutzgebietskategorie durch Rechtsverordnung ausgewiesen werden. Deshalb erfolgt mit der vorliegenden Rechtsverordnung die Ausweisung des Schutzgebietes als Biosphärenreservat und die Naturparkverordnung wird aufgehoben. Diese Form der Unterschutzstellung trägt auch dem Umstand Rechnung, dass Biosphärenreservate eine eigenständige Schutzgebietskategorie nach § 25 BNatSchG darstellen, bei der im Gegensatz zu Naturparks der einheitliche Schutz und die einheitliche Entwicklung gleichberechtigt nebeneinanderstehen. Eine Änderung der Größe und der äußeren Abgrenzung gegenüber dem bisherigen Naturpark ist damit nicht verbunden.

Im Rahmen der periodischen Überprüfung des UNESCO Biosphärenreservates hat das MAB-Nationalkomitee das Land aufgefordert, die Kernzonen entsprechend der für Biosphärenreservate geltenden Kriterien von bisher 2,1% auf 3% der Schutzgebietsfläche zu erweitern. In einem Moderationsprozess haben der Bezirksverband Pfalz und das Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten eine Erweiterungskulisse erarbeitet und mit den Forstämtern vor Ort abgestimmt. Als Ergebnis dieses Prozesses werden sieben bereits bestehende Kernzonen arrondiert. Bisher eher kleinräumige Kernzonen werden somit vergrößert und zum Teil miteinander verbunden. Sechs Kernzonen kommen neu hinzu. Bei ihrer Auswahl wurde darauf geachtet, Achsen für einen Biotopverbund zu schaffen, der auch grenzüberschreitend wirken kann. Damit bestehen insgesamt 22 Kernzonen im Biosphärenreservat, wovon 20 im Staatswald und zwei im Kommunalwald liegen.

Der neue Zuschnitt und die Verteilung innerhalb des Biosphärenreservates tragen dazu bei, dass die Kernzonen den ihnen in § 4 Abs. 3 zugewiesenen besonderen Schutzzweck wirksamer als bisher erfüllen können. Sie umfassen insgesamt 3% der Gesamtfläche des Schutzgebietes, so dass die nationalen MAB-Kriterien erfüllt werden.

Die Rechtsverordnung übernimmt im Wesentlichen die inhaltlichen Vorschriften der bisherigen Naturparkverordnung, stellt jedoch im Sinne des UNESCO Programms „Der Mensch und die Biosphäre“ die Schutz- und die Entwicklungsfunktion sowie die Funktion der logistischen Unterstützung durch Bildung für nachhaltige Entwicklung und Forschung stärker heraus. So werden der Aspekt der nachhaltigen Regionalentwicklung des Biosphärenreservates und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als eigenständiger Teil des Schutzzwecks und der einheitlichen Entwicklung stärker betont. Schließlich wird die Bedeutung des Biosphärenreservates für die Erhaltung der biologischen Vielfalt hervorgehoben.

Dies kommt z.B. in der Funktion der Kernzonen für einen landesweiten Biotopverbund zum Ausdruck. Außerdem soll in den Kernzonen ein Wildtiermanagement möglich sein, das u.a. der Abwehr von Wildschäden auf den an die Kernzonen angrenzenden Flächen dient.

Auf der Gemarkungsfläche der Stadt Bad Dürkheim wurde keine Kernzone ausgewiesen. Nach Prüfung der vorliegenden Daten und Pläne sowie nach Aussage der zuständigen Sachbearbeiterin

beim Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten wurden auch keine Verschiebungen der einzelnen Zonen (Entwicklungszone, Pflegezone und Stillebereich) vorgenommen. Es wurden keine relevanten Änderungen der Schutzbestimmungen vorgenommen und die sonstigen Änderungen haben keine Auswirkungen auf die Stadt Bad Dürkheim. Aus diesem Grund muss zum vorliegenden Verordnungsentwurf keine Stellungnahme abgegeben werden.

Ebenfalls übersandt wurde der Entwurf einer Rechtsverordnung über die Wahrnehmung des Jagdrechts zur Wildtierregulierung in den Kernzonen des Biosphärenreservates übersandt. Da sich die Verordnung lediglich auf die Regelung des Jagdrecht im Bereich der Kernzonen bezieht und es im Bereich der Stadt Bad Dürkheim keine Kernzone gibt, ist die Stadt von dieser Verordnung nicht betroffen.

Anlagen:

- Anschreiben des Ministeriums zum Anhörungsverfahren nach § 12 Abs. 2 des Landesnaturschutzgesetzes
- Karte Biosphärenreservat im Bereich der Stadt Bad Dürkheim
- Karte Naturpark im Bereich der Stadt Bad Dürkheim

Aus Gründen des schonenden Umgangs mit Papier wurden die sonstigen Unterlagen (Verordnungsentwurf, Begründung) ins Ratsinformationssystem eingestellt.